Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postscheck-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger — **Wochenblatt**

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — Erscheint an jedem Werktag — — —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Rpf: Die 41 mm breite Zeile (Mosse's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Rpf, in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Rpf; amtlich 1 mm 30 Rpf und 24 Rpf; Reklame 25 Rpf. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 — Druck und Verlag von E. L. Förster's Erben (Inh. J. W. Mohr) — Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 264 || **Mittwoch, den 13. November 1929** || **81. Jahrgang**

Das Wichtigste

Wie der „Vorwärts" berichtet, wird sich das Reichskabinett am Donnerstag mit der Frage befassen, wie den vor Moskau lagernden und in großer Not befindlichen sibirischen Deutschen geholfen werden kann.

Ein orkanartiger Sturm herrscht seit der Nacht zum Dienstag über ganz Schweden und der Ostsee. Von Furusund und Landsort wird Windstärke von 25 bis 30 Sekundenmeter gemeldet.

Die französische Hauptstadt ist von schweren Stürmen und Unwettern heimgesucht worden. Ziegel und Dachrinnen wurden von den Häusern gerissen. In den Parkanlagen wurden zahlreiche Bäume entwurzelt und geknickt. Mehrere Personen sind verletzt worden.

Der Physik-Nobelpreis für 1929 ist dem französischen Prinzen Louis Victor Broglie, der für 1928 dem Engländer Owen Williams Richardson zuerteilt worden

Erobert die Rathäuser!

Von Dr. Külz, Reichsminister a. D.

In Preußen und in Sachsen, etwas später auch in Bayern, stehen Kommunal-Wahlen bevor. Die Bedeutung der Gemeinde-Wahlen wird in ganz Deutschland nicht genügend erkannt. Die Partei der Nichtwähler ist gerade bei den Kommunal-Wahlen an vielen Orten die größte. Ein Drittel der Einwohnerschaft nimmt im allgemeinen an diesem entscheidensten Vorgang der örtlichen Volksgemeinschaft nicht teil. Das ist schlechthin gewissenlos und eine Wahlfälschung allerschlimmster Art. Dabei ist es gerade bei den Gemeindewahlen viel leichter, sich für einen Kandidaten zu entscheiden, als bei den Reichstags- oder Landtags-Wahlen, wo man sich oft nur über die Parteizugehörigkeit und nicht auch, wie in den Gemeinden, über die ganze Persönlichkeit des Bewerbers orientieren kann.

Den diesjährigen Wahlen kommt eine besondere Bedeutung zu, denn der bevorstehende Finanzausgleich und die wirtschaftliche Entwicklung werden in den nächsten Jahren die Vertretungskörperschaften der Gemeinden und der höheren Kommunal-Verbände vor außerordentlich weittragende Entscheidungen stellen. Die politischen Parteien zeigen hierfür auch die richtige Witterung. „Erobert die Rathäuser", so tönt es vor allem von sozialistischer Seite. Der Ruf ist gut; es fragt sich nur, für wen und für was die Rathäuser erobert werden sollen. Die Antwort lautet klar und schlicht: für wahren demokratischen Gemeinschaftsgeist; nicht im Sinne parteipolitischer Dogmatik, sondern im Sinne selbstverantwortlicher Gemeinschaftsarbeit.

Die Gemeindevertretungen sollen ein möglichst treues Spiegelbild der wirtschaftlichen Schichtung der Einwohnerschaft bieten. Das ist aber nur möglich, wenn jeder einzelne Einwohner sich als mitverantwortlich am Schicksal der örtlichen Volksgemeinschaft fühlt. Klassenpolitik oder Interessentenpolitik ist nicht der Inhalt der Selbstverwaltung, sondern: Arbeit der Gesamtheit für die Gesamtheit. Gewiß wird auch die Arbeit der Gemeindevertretungen politisch orientiert sein, aber diese Vertretungskörper sind nicht dazu da, daß man sie in den Dienst der Parteipolitik stellt, sondern umgekehrt: die Parteipolitik muß sich in den Dienst des Allgemeinwohls stellen. Nirgends sind parteipolische Demagogie und wirtschaftliches Kliquentum übler als in den Gemeinden. Ernste praktische Arbeit unter verständigem Ausgleich der verschiedenen Interessen und Berücksichtigung der örtlichen Eigenart zu leisten, ist das Ziel jeder kommunalen Arbeit, aber nicht, in wilder politischer Agitation sich zu überbieten und im Staate Staat spielen zu wollen. Hunderte von Reden und hunderte von Anträgen bewegen sich jenseits der Grenze der praktischen Arbeit und der kommunalen Zuständigkeit überhaupt, und die großen Haufen von parteipolitischem Kleinholz, die in den Sitzungen zusammengehackt werden, versperren sehr oft den Weg für nutzbringendes Schaffen.

Die Vorgänge in Berlin schaffen im allgemeinen keine sympatische Atmosphäre für die Kommunalwahlen. Aus parteipolitischer Demagogie heraus diese Dinge zu übertreiben oder zu verallgemeinern, wäre verwerflich, aber sie geben doch auch ihrerseits die Lehre, die Rathäuser zu erobern für das rein erhaltene Ehrenamt. Nach parteipolitischer Arithmetik ehrenamtliche Vertreter an die Spitze einzelner Betriebe zu stellen, wäre verwerflich. Hier haben nur Geeignetheit und Zuverlässigkeit den Ausschlag zu geben. Dieses Prinzip wird am besten gesichert sein, wenn diejenigen Strömungen in der Stadtvertretung ausschlaggebend zur Geltung kommen, die diese nicht zum Tummelplatz politischer Alleinherrschaft machen möchten.

Darum: erobert die Rathäuser für stärkstes Verantwortlichkeitsgefühl, für eine saubere, sparsame Verwaltung von höchster Leistungsfähigkeit, für eine gesunde und ausgeglichene, von allem Experimentieren sich frei haltende kommunale Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik, für klassenhaßfreien Gemeinschaftsgeist!

Oertliche und sächsische Angelegenheiten

— (Wo bleibt der Heimatschutz?) So oft hört man diese Frage, wenn es sich um Veränderungen des Landschaftsbildes, um Vernichtung von Natur- und Kulturwerten handelt, die nicht wieder zu ersetzen sind. Der Heimatschutz kommt sofort zur Hilfe, wenn ihm der betreffende Fall bekannt wird. Trotz seiner 40 000 Mitglieder entgeht

Deutschland wird bei Briand vorstellig

Die seltsame Erklärung des französischen Ministerpräsidenten

Volksentscheid am 22. Dezember — Eine bemerkenswerte Leistung der „Bremen"

Paris. Die aufsehenerregenden Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten Tardieu über die Räumungsfrage haben den deutschen Botschafter in Paris, v. Hoesch, veranlaßt, bei dem französischen Außenminister Briand vorstellig zu werden, um eine Klärung darüber herbeizuführen, ob Frankreich die Rheinlandräumung verzögern will. Briand hat gegenüber dem deutschen Botschafter betont, daß seine Ansicht durchaus mit der des Ministerpräsidenten übereinstimme. Die Räumung des Rheinlandes könne erst nach Ingangsetzung des Young-Plans beginnen, d. h., sobald die Voraussetzungen für die Anwendung des neuen Reparationssystems gegeben seien. Der deutsche Botschafter soll geantwortet haben, daß die Reichsregierung auf eine Beschleunigung der Formalitäten und auf eine baldige Einberufung der zweiten Haager Konferenz Wert lege, da sie das im Young-Plan genannte Datum des 30. Juni nach wie vor als den äußersten Räumungstermin ansehe.

Briand ist dem Vertreter Deutschlands auf diesem Wege nicht gefolgt. Der Eindruck bleibt bestehen, daß der französische Außenminister das Ergebnis des Volksbegehrens und das Ergebnis des kommenden Volksentscheids in seine politischen Berechnungen einkalkuliert, da nach seiner Ansicht es nicht nur unklug, sondern im höchsten Grade antidemokratisch wäre, die Entscheidung der Volksabstimmung von vornherein als sicher anzunehmen. Wie die französische Presse zu berichten weiß, ist es die Ansicht Briands, daß die Minister der Gläubigermächte nicht in aller Ruhe verhandeln könnten, wenn die öffentliche Meinung des Schuldnerstaates noch nicht geklärt sei.

Es war vorauszusehen, daß Frankreich alles mögliche tun würde, um die Rheinlandräumung zu verzögern.

Der Vertrauensmann Briands, Henri Barde, schreibt im radikalsozialen „Oeuvre", die militärischen Sachverständigen hätten für die Durchführung der Räumungsaktion eine Frist von acht Monaten beansprucht. Deutschland solle nunmehr nicht behaupten, daß der Schlußtermin unwiderruflich feststehe, wo doch die Räumungsaktion selbst nur bedingt sei.

Im übrigen hat die diplomatische und politische Vorbereitung der zweiten Haager Konferenz mit verstärkter Tätigkeit eingesetzt. Briand hat den bulgarischen Gesandten empfangen und ihm erklärt, daß Bulgarien eine über 50 Prozent hinausgehende Herabsetzung seiner Reparationsverpflichtungen kaum verlangen könne. Ferner fand

bei Tardieu eine Ministerkonferenz

statt, an der Briand, Finanzminister Chéron, Arbeitsminister Loucheur und der Gouverneur der Bank von Frankreich, Moreau, teilnahmen. Es wurden dabei alle Fragen behandelt, die den Stand der bisherigen Ausschußarbeiten, die internationale Reparationsbank, die Ingangsetzung des Young-Planes usw. betreffen. Gegen die Wahl Basels als Sitz der Weltbank wird französischerseits kein Widerspruch erhoben, obwohl die Belgier sehr verstimmt darüber sind, daß nicht Brüssel als Banksitz bestimmt worden ist.

Was ist mit dem geheimen Eisenbahnvertrag?

Der französische Außenminister hat sich mit dem deutschen Botschafter von Hoesch auch über das viel erörterte Problem der Anordnung unterhalten, die Deutschland wegen der sogenannten eisenbahntechnischen Entmilitarisierung der militärfreien Zone am Rhein durchführen will. Der Vertrag, der darüber vor einigen Monaten zwischen Deutschland und Frankreich aufgestellt ist, enthält eine Reihe von deutschen Verpflichtungen, die auf die Beseitigung von Eisenbahnrampen, auf Beseitigung von Doppelgleisen und ähnlichem hinauslaufen, während einige französische Forderungen zurückgestellt wurden.

Dieser Vertrag ist lange von beiden Seiten geheim behandelt worden. Jetzt wird plötzlich bekannt, daß der französische Außenminister den größten Wert auf die Veröffentlichung dieses Vertrages gelegt hat und daß er dem deutschen Botschafter erklärt hat, er müsse offen über diesen Vertrag sprechen, wenn er nicht gestürzt werden soll.

Volksentscheid am 22. Dezember?

Berlin, 13. Nov. Wie der „Börsenkurier" zuverlässig erfährt, soll jetzt der 22. Dezember als endgültiger Termin für den Volksentscheid vorgesehen sein. Mit ausschlaggebend für die Vertagung um eine Woche sei die Annahme gewesen, daß die maßgebenden Politiker und Staatsmänner, deren Mitarbeit bei den Vorbereitungen zum Volksentscheid notwendig sei, nicht vor Mitte Dezember von der 2. Haager Konferenz zurückerwartet werden könnten. Auch in Berlin würden während der Haager Tagung die zuständigen Resorts zu sehr beschäftigt sein, um die erforderlichen Vorarbeiten für den Volksentscheid zu leisten.

Eine bemerkenswerte Leistung der „Bremen"

Newyork, 13. Nov. Die „Bremen" ist trotz heftiger See nach einer Fahrtzeit von 4 Tagen 19 Stunden 12 Minuten in Newyork eingetroffen und konnte kurz vor der Ankunft den Dampfer „Majestic" überholen, der einen Tag früher Southampton verlassen hatte. Fachleute bezeichnen die Leistung der „Bremen" als besonders bemerkenswert, weil sie trotz heftiger See und starker Gegenwinde ihre Fahrzeit einhalten konnte. Das Schiff erbrachte damit den Beweis, daß es auch bei ungünstigem Wetter allen Anforderungen entspricht.

Zwei Entschließungen der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein zur Zollfrage und zur Handelspolitik des Reiches.

Kiel. Der Vorstand der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein faßte in seiner letzten Sitzung in der Angelegenheit der Zollfrage für Roggen und Gerste folgende Entschließung: „Die ungünstige Entwicklung der Roggenpreise in der letzten Zeit, die in der Hauptsache durch den abnehmenden Roggenbrotverbrauch bedingt ist, macht im Interesse der Volksernährung und der einheimischen Landwirtschaft beschleunigte staatliche Maßnahmen notwendig. In erster Linie muß Propaganda für stärkeren Roggenbrotverbrauch betrieben werden. Wegen der hohen Wertigkeit des Roggens als menschliches Nahrungsmittel ist weiter zu prüfen, ob und in welchem Umfange sich die Einführung eines Beimischungszwanges für Roggen zu Weizen durchführen läßt. Geschieht dies nicht, wird schon bei mittleren und besonders bei besseren Ernten ein großer Teil des Roggens in immer stärkerem Maße zu Fütterungszwecken Verwendung finden müssen. Die Vorschläge, unter gleichzeitiger Erhöhung des Futtergerstezolls auf fünf Mark für den Doppelzentner einen Fütterungsanreiz für Roggen dadurch zu schaffen, daß die Einfuhr von Gerste zum ermäßigten Zollsatz nur dann zugelassen wird, wenn gleichzeitig der Nachweis geführt wird, daß eine angemessene Menge Roggen beigefüttert wird, können die Zustimmung des Vorstandes nur finden, wenn auch der Zoll für lebende Schweine und Schweinefleisch dem einheitlichen Gerstenzoll angepaßt wird."

Weiter faßte der Vorstand folgende Entschließung zur Handelspolitik des Reiches:

„Die Handelspolitik der letzten Zeit erfüllt den Vorstand mit größter Besorgnis. Obgleich der Handelsvertrag mit Schweden gekündigt wurde, mit Finnland Verhandlungen wegen Abänderung des Butterzolls schon seit längerer Zeit aufgenommen worden sind, ist bisher nicht bekannt geworden, daß eine Neuregelung der landwirtschaftlichen Zölle entsprechend den Beschlüssen des Reichstages in nächster Zeit zu erwarten ist. Die Nachrichten über die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen sind so ungünstig, daß von einer Opferung der landwirtschaftlichen Interessen gesprochen werden kann. Vom landwirtschaftlichen Standpunkt ist es unerträglich, daß die landwirtschaftlichen Organisationen über den Stand der Handelsvertragsverhandlungen in letzter Zeit überhaupt nicht mehr unterrichtet werden."

Bildung der großdeutschen Kolonialfront.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft teilt mit: Seit einigen Jahren hat sich in Oesterreich eine koloniale Bewegung gebildet, die unter dem großdeutschen Gedanken für die koloniale Gleichberechtigung des deutschen Volkes eintritt. Diese von Wien ausgehende, unter dem Namen „Bund deutscher Kolonialfreunde in Oesterreich" tätige Bewegung